

Asylanten: Obdachlosenwohnungen unzumutbar



Neuried hat nicht nur Probleme mit gemeinen deutschen Obdachlosen, sondern im Zuge der Flutung Deutschlands mit Invasoren aller Herren Länder zusätzlich auch mit der adäquaten Unterbringung dieser, wegen illegaler Einreise de facto Kriminellen. Denn nach in Paragraphen gegossenem Gutmenschenwillen spricht: Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbwlG) müssen diese bei uns ja rundumversorgt werden. Erhalten die Illegalen dann Anerkennungsstatus gibt es von Gesetzes wegen noch mehr Probleme.

Der rund 8.000 Einwohner zählenden Gemeinde im Landkreis München fehlen zurzeit entsprechende Wohnungen. Denn für die Unterbringung dieser offenbar zu bevorzugenden Klientel liegt die Betonung auf „adäquat“. Was für heimische Obdachlose gut ist, reicht für per Status „anerkannte Asylbewerber“ eben nicht.

Merkur-online berichtet:

Die Gemeinde Neuried kämpft mit dem Problem fehlender Unterkünfte für Asylbewerber und Obdachlose. Jetzt sucht man dringend Privatvermieter.

Von den ersten dreizehn Personen, die als Asylbewerber in Neuried eine Bleibe fanden, hat inzwischen eine Familie aus Syrien die Anerkennung bekommen. Auch wenn die Familie mittlerweile verzogen ist, so steht die Gemeinde doch durch den Prozess der Anerkennung generell vor neuen Herausforderungen. Denn als nunmehr obdachlose Flüchtlinge sollen die einstigen Asylbewerber ebenfalls vor Ort eine Unterkunft finden.

Die Gemeinde will ein bis zwei Wohnungen zu günstigen Preisen anmieten, damit man eine Reserve in der Rückhand hat, wie Kämmerer Max Heindl betont. „Das ist für den Vermieter kein Nachteil, denn wir stehen für alles gerade.“ Die kommunalen Liegenschaften seien momentan alle belegt, so Heindl, „Das sind Sozialwohnungen, Wohnungen für Gemeindebedienstete und Obdachlosenwohnungen.“ Hiervon könnte Ende des Jahres lediglich eine einzige Wohnung zur Verfügung stehen. Asylbewerber allerdings dürfe man in für Obdachlose vorgehaltene Wohnungen nicht einquartieren. [..]

Im gesamten Landkreis München halten sich momentan rund 700 Asylbewerber auf. Die Wohnungsnot unter ihnen und den anerkannten wohnungslosen Flüchtlingen ist hochbrisant.

Da, wie zu erwarten, der Andrang „privater Vermieter“ gegen Null tendiert überlegt man nun doch eine Unterbringung in Containerdörfern, was man aber „so lange dies möglich vermeiden“ wolle. Natürlich, vorher könnte man vielleicht noch über Zwangsenteignungen gerade nicht genutzter Privatliegenschaften oder Eigentumswohnungen nachdenken, Hauptsache sie sind auch wirklich besser als jede Sozialwohnung. (lsg)